13.02.2019

DR. HUBERTUS KNABE

Der schwierige Kulturdialog in Europa

Anmerkungen zum KSZE-Kulturforum in Budapest

Am 3. Juli 1973 fand die erste Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki statt. In der Folge fanden nicht nur hochrangige Folgekonferenzen statt, sondern auch kleinere Foren zu Wissenschaft, Kultur oder Menschenrechten. Ein solches KSZE-Kulturforum tagte vom 15. Oktober bis 25. November 1985 in Budapest, womit zum ersten Mal ein Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes Gastgeber einer solchen Zusammenkunft war. Zu den rund 1000 Delegierten zählten zahlreiche prominente Künstler und Schriftsteller wie Pina Bausch, Günter Grass, Rolf Hochhuth, Reiner Kunze, Willi Sitte, Hermann Kant oder Stephan Hermlin. Während die östlichen Delegationen in erster Linie als Sprachrohr ihrer Regierungen auftraten und die Verantwortung des Künstlers für den Frieden betonten, setzten sich die westlichen Vertreter VOR ALLEM für die Freiheit der Kunst von staatlichen Zwängen ein. Der Beitrag skizziert die Konflikte während des Forums, die nicht nur zwischen Ost und West ausgetragen wurden, sondern auch zwischen den eigentlich verbündeten Staaten Ungarn und Rumänien.

In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Nr. 5/1986, S. 380-388.

Hubertus Knabe

Der schwierige Kulturdialog in Europa

Anmerkungen zum KSZE-Kulturforum in Budapest

Sechs Wochen lang hatte ein kleiner Budapester Supermarkt große Politik unter sein blasses Sortiment gemischt: Ein schmuddeliges Plakat an der Eingangstür dankte, ungewöhnlich für Ungarn, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) für das Zustandekommen des Budapester Kulturforums. Ob die Initiative des Filialleiters so gelungen war oder nicht – sie entsprach der Einschätzung der meisten der 35 Teilnehmerstaaten, deren Delegationen vom 15. Oktober bis zum 25. November 1985 in der ungarischen Hauptstadt zusammengekommen waren, um „zusammenhängende Probleme des Schaffens, der Verbreitung und des Austausches in den verschiedenen Bereichen der Kultur" zu erörtern. Obwohl man am Ende auseinanderging, ohne das auch vom Bonner Auswärtigen Amt anvisierte Ziel einer gemeinsamen Schlußerklärung zu erreichen, bezeichneten Sprecher aus Ost und West das Budapester Forum übereinstimmend als „nützlich" und „erfolgreich". Verdienen die ausgedehnten Beratungen über kulturelle Fragen, die ein Novum im KSZE-Prozeß darstellen, so viel internationale Wertschätzung?

Erste KSZE-Konferenz in einem Staat des Warschauer Pakts...

Wie immer bei KSZE-Konferenzen, bei denen die Staaten Europas (ohne Albanien) und Nordamerikas an einem Tisch sitzen, ist der Dialog schwierig und spiegelt die widersprüchlichen, aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen politischen Realitäten wider; insofern mag schon die Tatsache als Erfolg gelten, daß sich in einer Phase politischer Spannungen und neuer Rüstungsanstrengungen der Supermächte rund eintausend Delegierte zu einem kulturellen Austausch versammelten, um über gemeinsame Traditionen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit nachzudenken.
Neu waren dagegen die Umstände, unter denen man zusammentrat, denn erstmals hatte man sich in einem Land des Warschauer Pakts verabredet, nachdem Frankreich die Volksrepublik Ungarn als Gastgeber vorgeschlagen hatte. Augenscheinlich sollte damit deren Politik ermutigt werden, größere innenpolitische Freiheiten zuzuerkennen und die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten offener zu gestalten, als es die Bruderlän-

der tun; gleichwohl blieb das Risiko, daß damit eine gut bewachte und propagandistisch ausgeschlachtete Veranstaltung ermöglicht würde, die den moralischen Kredit des KSZE-Prozesses bei den Völkern Europas mindern könnte.

Die ungarische Führung war offensichtlich darum bemüht, das Vertrauen der Staatengemeinschaft, für das der Vorsitzende des ungarischen Ministerrates, György Lázár, in seiner Eröffnungsrede dankte, nicht zu enttäuschen; er sprach von einem „beehrenden und verantwortungsvollen Auftrag" für sein Land, das sein Möglichstes zu tun wünsche, daß die Tagungsteilnehmer ihre Arbeit unter günstigen Bedingungen verrichteten. Zu den tieferen ungarischen Hoffnungen gehörte dabei, wie der stellvertretende Außenminister József Bényi in einem Interview eingestand, daß, nach einem Erfolg in Budapest, die Wiener Folgekonferenz im November 1986 neue Foren damit betrauen könnte, „Modalitäten für die Verbesserung der Lage zu finden, zum Beispiel im Bereich der Wirtschaft und des Handels, verspüren wir doch täglich die Lasten der gegenwärtigen Situation in diesem Bereich" (Budapester Rundschau, 25.11.1985).

Tatsächlich äußerten sich die angereisten Delegierten und Journalisten sehr zufrieden über die Aufnahme in der mit einem besonderen Flair ausgestatteten Donaumetropole, lobten Gastfreundschaft, Arbeitsbedingungen und das umfangreiche kulturelle Begleitprogramm. Die örtlichen Zeitungen, vor allem die deutsch- und englischsprachigen, überschlugen sich fast mit Bekenntnissen zu Liberalität, Erneuerung und den gemeinsamen Aufgaben der Europäer im Spannungsfeld der Großmächte. Die Dissidenten genossen, wie einer von ihnen zynisch feststellte, in diesen Wochen Schonzeit.

... und die Schwierigkeiten einer Parallelveranstaltung

Das aber war nur die eine Seite der ungarischen Politik, die in ihrem Spagat zwischen Ost und West darum bemüht ist, gegenüber beiden Lagern als besonders zuvorkommend zu erscheinen. Als höchster politischer Repräsentant meldete sich etwa János Kádár, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, genauer: Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), mit einer Stellungnahme zu Wort, in der über die westlichen Staaten kaum ein gutes Wort zu finden war. Die USA und „einige NATO-Mächte" machte er darin für das Anwachsen der internationalen Spannungen und für die Einschränkung der Ost-West-Beziehungen verantwortlich und warf ihnen vor, daß sie sich „mit militärischer Gewalt, Drohung und Druck in die Angelegenheiten der Völker anderer Länder einmischen und die Gegner der nationalen Unabhängigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts auch unmittelbar unterstützen". Er erinnerte an eine frühere Erklärung von ihm, daß die Kräfte und Faktoren, die der Festigung des Friedens und der Entspannung gegenüberstehen, mit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki noch nicht aus dem internationalen Leben verschwinden würden (Budapester Rundschau, 25.11.1985).

Zur Probe auf die ungarische Liberalität wurde am Eröffnungstag des Forums die Reaktion der Behörden auf die Initiative einiger kritischer Intellektueller um den Budapester Schriftsteller György Konrád: Sie kündigten an, während der ersten Tage der KSZE-Zusammenkunft ein eigenes Treffen unter dem Titel „Schriftsteller und ihre Integrität" durchzuführen, über das die internationale Helsinki-Gesellschaft für Menschenrechte eine Art Schirmherrschaft übernommen hatte. Der Plan zu einer solchen Parallelveranstaltung drückte – wie schon zuvor Appelle der Charta 77 und der ungarischen Opposi-

tion an das Forum – das Unbehagen kritischer Kreise in Osteuropa und ihrer westlichen Freunde aus, daß sich der KSZE-Prozeß zu einem diplomatischen Interessenausgleich entwickeln könnte, in dem Bestrebungen für eine Überwindung der gesellschaftlichen Ohnmacht in den sozialistischen Staaten kein Gehör mehr finden. Konrád selber begründete die Initiative damit, daß Literatur im Gegensatz zur Rüstung keine staatliche Tätigkeit sei und deshalb von jenen verhandelt werden müsse, die wirklich damit zu tun hätten. Für die osteuropäischen Schriftsteller gebe es jedoch keine Möglichkeit, ihre eigenen Vorstellungen durch die offiziellen Delegationen zu Gehör zu bringen.

Anfangs schienen die ungarischen Behörden durchaus bereit, mit, wie es hieß, „größter Elastizität" auf die geplante Veranstaltung im Budapester Hotel „Intercontinental" zu reagieren, auch verfemte Personen wie der tschechische Dramatiker Pavel Kohout oder der Übersetzer Hans-Henning Paetzke, denen früher die Einreise verweigert worden war, konnten als Touristen oder Korrespondenten die Grenze passieren. Doch nachdem die sowjetische Delegation am Montagabend in Budapest gelandet war, mehrten sich die Hinweise auf einen Meinungswandel in der ungarischen Führung. Die Hoteldirektion zog ihre Raumzusage zurück, das ungarische Außenministerium teilte in einer Erklärung mit, daß den Veranstaltern in Budapest auch keine anderen Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Die Teilnehmer am Symposium, hieß es zur Begründung, seien als Touristen eingereist und hätten sich an die Gesetze des Landes zu halten; frei stehe es ihnen jedoch, wurde auf einer Pressekonferenz sybillinisch ergänzt, mit ihren ungarischen Kollegen berufliche Kontakte zu pflegen.

Der Konflikt um das Existenzrecht einer autonomen Kultur in Osteuropa hatte nach dieser Entscheidung das diplomatische Geschehen in den Hintergrund gedrängt. Der amerikanische Botschafter legte Protest bei der ungarischen Regierung ein, die zwölf EG-Staaten schickten den luxemburgischen Delegationschef in gleicher Sache zum Budapester Außenministerium. Der Sprecher der bundesdeutschen Delegation, Karl-Günther von Hase, brachte das Thema auch ins offizielle Konferenzprotokoll, als er in seiner Eröffnungsansprache erklärte, zu der Atmosphäre der Offenheit gehöre auch, „daß das, was sich auf dem Forum hier in Budapest vollzieht, von anderen außerhalb der Konferenzräume diskutiert werden kann. Im Vertrauen darauf haben wir der Abhaltung des Kulturforums in Budapest zugestimmt. Wir appellieren deshalb an die Gastgeber, dieses Vertrauen zu honorieren, indem sie die von Bürgern unserer Länder gewünschte Veranstaltung doch noch in einem normalen Rahmen ermöglichen."

Der dann gefundene Rahmen für das alternative Forum, das sich gezwungenermaßen in die Dachwohnung eines Budapester Filmregisseurs zurückziehen mußte, widersprach zwar den westlichen Erwartungen, war aber insofern „normal", als er die kritische Intelligenz wieder auf das zurechtstutzte, was sie auch sonst sein darf in Ungarn: ein bunt gemischter Verein von Literaten, Wissenschaftlern und Hobbypolitikern, der die klügsten Köpfe des Landes zu seinen Mitgliedern und Sympathisanten zählt, in die Sphäre der wirklichen Politik bislang aber nicht vordringen durfte. Neu war höchstens die Internationalität des Treffens, an dem neben dem meistgespielten ungarischen Dramatiker der Gegenwart, István Csurka, und zahlreichen weiteren namhaften ungarischen Intellektuellen auch Hans Magnus Enzensberger, Susan Sontag, Timothy Garton Ash, Jiri Grusa und weitere prominente Gäste aus dem Ausland teilnahmen, um den freien Diskurs über Europa und seine in Ost und West geteilten Kulturen zu führen (vgl. den Bericht in der Neuen Zürcher Zeitung, Fernausgabe, 24. 10. 1985).

Künstler und Diplomaten an einem Tisch

Prominente Vertreter des kulturellen Lebens trafen aber auch im modernistischen, neuerrichteten Budapester Kongreßzentrum aufeinander, denn erstmals sollten auf einer KSZE-Konferenz nicht nur Berufsdiplomaten die Standpunkte ihrer Regierungen vertreten, sondern „führende Persönlichkeiten der Kultur" an einen Tisch gebracht werden. Aus der Bundesrepublik kamen zum Beispiel der Bildhauer Otto Herbert Hajek, die Musiktheaterdirektorin Pina Bausch, der Theaterregisseur Peter Stein und die Schriftsteller Günter Grass und Rolf Hochhuth; aus der DDR reisten der Maler und Präsident des Verbandes Bildender Künstler, Willi Sitte, die Sängerin Gisela May sowie die Schriftsteller Hermann Kant, Stephan Hermlin und Jurij Brězan an; aus den USA wurde der Schriftsteller Edward Albee entsandt, aus der Sowjetunion die Choreographin am Bolschoj-Theater G. S. Ulanowa, aus Ungarn selbst kam der Filmregisseur István Szabo, um nur die bekanntesten aufzuführen. Vier Wochen hatten Schriftsteller und Theaterregisseure, Museumsfachleute und Verleger, Bildhauer und Architekten, Maler und Musiker Zeit, um sich in insgesamt vier Arbeitsgruppen zu verständigen und praktische Vorschläge zu erarbeiten.

Sinn dieser Konstruktion war es, die Kulturdebatte aus dem Elfenbeinturm der KSZE-Experten zu holen und sie jenen zu übertragen, die in ihrem Arbeitsgebiet unmittelbar vom Zustand der Beziehungen zwischen den Blöcken betroffen sind; die Vielzahl praktischer Vorschläge, das rege Interesse an einem politisch-philosophischen Austausch und nicht zuletzt die zahlreichen persönlichen Gespräche am Rande des Forums zeigten, wie selten die Gelegenheit zu einem solchen Dialog in Europa offensichtlich immer noch ist.

Schon ein Blick in die Teilnehmerliste des Forums machte allerdings auch deutlich, wie problematisch ein solches Verfahren sein muß, das Schriftsteller und Künstler von Regierungen auswählen und in deren Namen diskutieren läßt. Gab auf westlicher Seite schon die Tatsache Anlaß zu Kritik, daß etwa in der Bonner Delegation kein einziger türkischer Vertreter plaziert war, mußten die östlichen Vertretungen gänzlich wie ein Sprachrohr ihrer politischen Führung wirken: Angeführt wurden die Delegationen von den Kulturministern Demitschew (UdSSR), Zygulski (Polen), Hoffmann (DDR), Köpéczi (Ungarn) sowie Válek und Klusák (ČSSR), während die westlichen Diplomaten weit weniger hochrangig waren. Weitere Vertreter aus den Kultur- und Außenministerien der osteuropäischen Länder vervollständigten die Delegationen, und selbst die als „Kulturschaffende" angereisten Delegationsmitglieder bekleideten häufig zugleich auch offizielle Ämter. Persönlichkeiten, die für ein kritischeres Verhältnis zu ihren Regierungen bekannt sind, waren gar nicht erst nominiert worden.

Die „Verstaatlichung" der Kulturdebatte hatte überdies zur Folge, daß selbst Tänzer oder Bildhauer in den Budapester Beratungen nur unter Anwendung der strengen KSZE-Regularien miteinander kommunizieren konnten, auf deren Einhaltung die sozialistischen Staaten peinlich achteten. Nicht rasche Abfolge von Rede und Gegenrede war darum vorherrschende Gesprächsform, sondern die Verlesung langatmiger Erklärungen, auf die häufig erst Tage später geantwortet werden konnte, wenn die Rednerliste entsprechend abgearbeitet war. Der Bonner Delegationsleiter, Karl-Günther von Hase, drückte darum ein weitverbreitetes Unbehagen aus, als er gegen Ende des Forums feststellte, „daß sich die üblichen Regeln der Geschäftsordnungen von KSZE-Veranstaltungen als zu starr erwiesen haben. [. . .] Wir sollten diese negative Erfahrung als Lehre be-

herzigen, wenn wir ein andermal wieder ein Forum einberufen, dessen Thema sich nicht in ein enges Gerüst sperren läßt und nach einem lebendigen Meinungsaustausch verlangt."

Die Hauptlinien der Debatte: der Frieden...

In der Eingangswoche des Forums, in der die Delegationsleiter ihre fast durchweg politisch gemäßigten Eröffnungserklärungen abgaben und sich einhellig zur Fortsetzung der Entspannung bekannten, fielen bereits jene beiden Stichworte, die auch im weiteren Fortgang der Debatte ihre zentrale Bedeutung behielten: der Frieden und die Freiheit, so abgegriffen diese Begriffe auch scheinen mögen. Die östlichen Staaten machten rasch deutlich, daß sie mit der Absicht nach Budapest gekommen waren, jene für sie schmerzlose, aber politisch nützliche Abrüstungsrethorik allen anderen Themen überzuordnen. Mit deren Hilfe suchten sie nicht nur unangenehme Fragen nach den Einschränkungen der kulturellen Rechte im sowjetischen Machtbereich als irreführend, spannungsfördernd oder „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" (der DDR-Botschafter Peter Lorf) abzuwehren, sondern auch eine grundsätzliche moralische Überlegenheit des Sozialismus zu postulieren.

Mit einer ähnlichen Strategie waren sie bereits während der KSZE-Menschenrechtskonferenz in Ottawa (23. April bis 17. Juni 1985) aufgetreten, wo sie forderten, den Frieden als dritte Generation der Menschenrechte zu verankern, was nach Ansicht der westlichen Unterhändler zu einer Verwässerung der Menschenrechtsbestimmungen im KSZE-Gefüge führen würde (vgl. den Bericht des Bonner Delegationsleiters Ekkehard Eickhoff, in: Europa-Archiv, Nr. 19, 10. 10. 1985).

In der Arbeitsgruppe der Schriftsteller, in die sich der politische Diskurs vor allem verlagerte, nahm das Wort vom Frieden mit am entschiedensten der Vorsitzende des DDR-Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, auf, der erklärte, er ließe es sich auch auf diesem Forum nicht nehmen, vor allem davon zu reden. Was solle er zu Hause antworten, fragte er in die Runde, wenn er befragt würde, was das Kulturforum zum Frieden beigetragen habe, und er eingestehen müsse, dieses Wort sei nicht einmal gefallen. Kant wörtlich: „Die Literatur der DDR ist zur Stelle, wo gegen Krieg geredet und gedacht wird." Sie enthalte kein einziges faschistisches, rassistisches, chauvinistisches und imperialistisches Wort.

Ihre „heilige Pflicht", so ergänzte der sowjetische Botschafter Nikolaj Fedorenko, der sich ebenso wie der stellvertretende DDR-Kulturminister Klaus Höpcke in der Arbeitsgruppe der Schriftsteller und Verleger (!) einfand, sei es, vor dem Wettrüsten, der „Bombe" und vor der Militarisierung des Weltraumes zu warnen.

Westliche Delegationsmitglieder und solche aus den neutralen Ländern hielten dem entgegen, daß der Frieden Thema anderer Foren im KSZE-Prozeß ist, auf denen sich viele Teilnehmerstaaten ernstlich um den Abbau seiner Bedrohung bemühten. Keinem sei damit gedient, deklamatorische oder andere Beweise einer spezifischen Form von Friedensliebe zur Bedingung des kulturellen Dialogs zu machen. Engagierte Dichter wie die norwegische Lyrikerin Aase-Maria Nesse meinten gegenüber den östlichen Vertretern, Literatur dürfe in niemandes Dienst treten, nicht einmal in den der „weißen Taube des Friedens", sie müsse fliegen dürfen, denn sie fliege nur frei.

... und die Freiheit

Damit war das zweite Stichwort gefallen, das Ost und West in den Debatten des Kulturforums entzweite. Denn jeder, der danach fragte, wer denn die Kunst in der verlangten Weise politisieren sollte, mußte erkennen, daß diese Aufgabe im sozialistischen Kulturverständnis nur dem Staat zufallen kann. „Mit der Entstehung unseres Staates", hatte etwa DDR-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann in seiner Eröffnungserklärung festgestellt, „entfaltete sich die sozialistische Nationalkultur der Deutschen Demokratischen Republik. [...] In der Deutschen Demokratischen Republik ist die Kulturpolitik fester Bestandteil der Gesellschafts- und Staatspolitik." Kein schlechterer Dienst, so meinten dagegen westliche Delegierte, könnte der Literatur erwiesen werden, als sie unter die Obhut eines allmächtigen Staates zu stellen, selbst wenn in den pluralistischen Staaten manche Erscheinungen des Kulturlebens zweifellos zu kritisieren seien. Der Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt, Andreas Meyer-Landrut, erinnerte vor dem Plenum an die „schlimmen Erfahrungen mit einem Regime, das zwischen ‚entarteter' Kunst und ‚echter' Kunst - d.h. regimetreuer Kunst - unterschied" und die Deutschen in dieser Hinsicht sehr empfindsam gemacht hätte; auf keinen Fall dürfe der Staat bestimmen, „wer Künstler ist, wessen Werke Kunst sind, welchen Themen sich der Künstler zuwenden sollte". Reiner Kunze schließlich, der sich in der sonderbaren Lage befand, fast Stuhl an Stuhl mit jenen DDR-Kulturfunktionären zu sitzen, die ihm einige Jahre zuvor ein Leben als Schriftsteller in der DDR unmöglich gemacht hatten, konterkarierte die in der Praxis sozialistischer Kulturpolitik unzählige Male strapazierte Behauptung, das Volk sei noch nicht reif für die Freiheit: „Haben Sie sich noch nie in einer stillen Stunde gefragt, warum nach 40, 50, 60 Jahren das Volk noch immer nicht reif ist, sich in der Welt zurechtzufinden? Sie, die Sie einen Unterschied machen zwischen der ‚Vorhut' und den Massen, haben die Massen, das Volk all die Jahrzehnte geführt." Wenn das Volk noch immer nicht reif sei - woran er nicht glaube, es sei ihm nur nicht erlaubt, so reif zu sein, wie es ist -, dann könne es nur daran liegen, daß es 40, 50, 60 Jahre von der Wahrheit abgeschirmt worden sei.

Westliche Delegierte fragten dann nach dem Schicksal einzelner Schriftsteller aus den sozialistischen Staaten, die auf verschiedenste Weise drangsaliert werden. Der Journalist Günther Gillessen, der später ein ausgedehntes Stimmungsbild von den Diskussionen in der Arbeitsgruppe der Schriftsteller zeichnete (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.85), erinnerte an die Fälle der sowjetischen Autoren Felix Swetow, Jurij Badsio, Algirdas Stakevicius und Anatolij Korjagin. Ihre Namen waren von einem Komitee des internationalen PEN-Clubs (in dessen internationalem Kuratorium auch Stephan Hermlin aus der DDR und Iván Boldizsar aus Ungarn sitzen) veröffentlicht worden, weil sie aufgrund von Aufzeichnungen oder Veröffentlichungen ins Gefängnis oder in eine psychiatrische Klinik gebracht wurden. Der amerikanische Autor Least Heat Moon fragte nach den sowjetischen Schriftstellern Mykola Horbal, Gunnars Freimanis, Vasyl Stus und weiteren, die dasselbe Schicksal erlitten haben. Ein anderer Amerikaner wies darauf hin, daß der tschechische Nobelpreisträger Jaroslaw Seifert am Publizieren gehindert werde, was einen der Delegierten der Tschechoslowakei dazu veranlaßte, eine lange Liste seiner Veröffentlichungen vorzutragen, die, wie sich später herausstellte, meistens Nachdrucke älterer Werke oder stark verstümmelte Texte waren. Auf eine sowjetische Replik, in der von Verstößen gegen die Strafgesetze die Rede war und davon, daß es sich bei den Genannten gar nicht um Schriftsteller handele, denn sie seien nicht

Mitglieder des Schriftstellerverbandes, wurde schließlich die Frage gestellt, woran es eigentlich liege, daß unter den Schriftstellern der Sowjetunion die Quote der Straffälligen und Nervenkranken so auffallend hoch sei.

Zur Freiheit, so hatte der Bonner Delegationsleiter die westliche Position vor dem Plenum umrissen, gehört „nicht nur die Freiheit von der Zensur, sondern auch die Freiheit des Künstlers, sich an Orte zu begeben, die sein Schaffen inspirieren und oft erst möglich machen, sowie die Freiheit, mit anderen Menschen und Künstlern direkten Kontakt zu pflegen". Reisen in andere Länder, kreative Auseinandersetzungen mit anderen Sprachen, mit bisher nicht gekannten Landschaften seien eine Quelle des Schaffens für zahllose Dichter, Maler und Filmschaffende. Wie schon in Ottawa mochten die meisten der sozialistischen Staaten dieser Konzeption von Freizügigkeit nicht folgen, bezogen Austausch und Zusammenarbeit in Europa nicht auf einzelne Personen, sondern auf Staaten und deren nationale Kulturen. Wie die physische bedarf danach auch jede kulturelle Grenzüberschreitung eines staatlichen Mandates, muß in Regierungsabkommen und Vereinbarungen nach dem Prinzip der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit vereinbart und „zuverlässig" (der DDR-Kulturminister Hoffmann) vollzogen werden. Disproportionen bei den Zahlen übersetzter oder in Lizenz veröffentlichter Bücher, die von Ungarn und anderen sozialistischen Staaten mehrfach beklagt wurden, könnten nicht gebilligt werden. Westliche Delegierte befürworteten zwar die Förderung des Austausches mit Ländern, deren Sprachen weniger verbreitet seien, wehrten sich aber auch dagegen, Kulturaustausch nach Art nationaler Zahlungsbilanzen zu betrachten.

Praktische Ergebnisse des Kulturforums

Vorschläge, wie der kulturelle Dialog gefördert werden könnte, hatten die meisten der Delegationen mit nach Budapest gebracht; in den Arbeitsgruppen kamen weitere hinzu, so daß dem Forum am Ende rund 250 konkrete Anträge vorlagen. Die Bonner Delegation schlug etwa vor, regelmäßig gemeinsame Festivals unter der Bezeichnung „Hauptstadt des europäischen Kulturerbes" zu veranstalten, und setzte sich dafür ein, daß jeder Teilnehmerstaat in jedem anderen Teilnehmerstaat ein Kulturinstitut eröffnen könne, das ungehindert der Öffentlichkeit zugänglich ist. Letzteres ist im sowjetischen Machtbereich bislang immer an der ablehnenden Haltung Moskaus gescheitert. Günter Grass überraschte die Delegierten mit der Überlegung, eine gesamteuropäische Kulturstiftung mit eigener Zeitung und eigenem Fernsehkanal ins Leben zu rufen, die ihren Hauptsitz in Budapest, Zweigstellen in Wien und Amsterdam haben und von einem paritätisch besetzten Kuratorium geführt werden sollte. Die Bonner Delegation machte sich diesen Vorschlag zu eigen und kündigte an, zu einem Symposium einzuladen, das sich mit einer Weiterführung beschäftigen soll.

Insgesamt stellte der niemals offiziell herausgegebene Vorschlagskatalog ein breit angelegtes Arbeitsprogramm dar, das - in dieser Vielfalt sicherlich kaum realisierbar - das Bedürfnis nach Austausch und Kooperation in Europa eindrucksvoll aufzeigte. Er reichte von tschechoslowakischen Wünschen, die Zusammenarbeit zwischen den Organisatoren internationaler Musikfestivals zu verbessern, über einen von Bulgarien vorgeschlagenen Workshop zum Thema Kindertheater bis hin zu praktischen Kooperationsvorschlägen im Bereich des Films, des Theaters oder des Musiklebens. Obwohl in den meisten Fällen Ost und West ihre Empfehlungen getrennt abgaben, kam es auch zu einer Reihe von gemeinsamen Voten - beispielsweise zum Denkmalschutz, zur Architektur,

zu regionalen Kulturen, zum Bibliothekswesen, zur Gründung einer Europäischen Gesellschaft für Kulturforschung und zur Abhaltung eines Symposiums über das kulturelle Erbe der KSZE-Staaten.

Das Scheitern der Einigungsbemühungen

Trotz solchen Gemeinsamkeiten ist die Zeit für konsensfähige Erklärungen aller 35 KSZE-Staaten auf dem Gebiet der Kultur, die von vielen Beobachtern für möglich gehalten wurden, offensichtlich noch nicht reif. Nicht an der Fähigkeit zu praktischen Übereinkünften mangelt es dabei, sondern an gemeinsamen Wertmaßstäben über die Rolle des kulturellen Lebens in der Gesellschaft. Nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen Erklärungsentwurf der neutralen und ungebundenen Staaten, aus dem die Sowjetunion Formulierungen über die kulturellen Freiheiten und Rechte streichen wollte, die bereits in der Schlußakte von Helsinki verankert worden sind, legten die Warschauer-Pakt-Staaten (ohne Rumänien und Ungarn) sowie siebzehn westliche Länder jeweils eigene Entwürfe vor, die die unterschiedlichen Auffassungen demonstrativ öffentlich machten.

Damit wäre das Budapester Kulturforum wie schon die Menschenrechtskonferenz von Ottawa ohne spektakulären Schlußpunkt zu Ende gegangen, hätte es nicht noch einen vor den Augen der Weltöffentlichkeit offen ausgetragenen Eklat zwischen Rumänien und Ungarn gegeben, die bekanntlich beide Mitglieder des Warschauer Paktes sind. Der Konflikt begann in der Arbeitsgruppe der Schriftsteller, nachdem westliche Delegierte wiederholt die rumänische Minderheitenpolitik gegenüber den rund zwei Millionen Ungarn in Siebenbürgen kritisiert hatten, wodurch die Beziehungen zwischen beiden Ländern seit langem belastet werden. Der Delegierte Rumäniens machte daraufhin von seinem Erwiderungsrecht Gebrauch, doch unmittelbar bevor dieser zu Wort kommen konnte, gab ein ungarischer Vertreter einen Bericht über die Nationalitätenpolitik seines Landes ab, wohl wissend, daß der Rumäne Ähnliches kaum entgegensetzen konnte. Dieser begann daraufhin, den 1983 verstorbenen ungarischen Schriftsteller Gyuly Illyés, der 1978 als erster in einer Budapester Zeitung die Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien öffentlich kritisiert hatte, als Nationalisten zu brandmarken. Das wiederum veranlaßte den Vorsitzenden des ungarischen PEN-Clubs, Iván Boldizsar, zu der Bemerkung, Illyés' Besorgnis werde auch von den ungarischen Schriftstellern und der ungarischen öffentlichen Meinung geteilt.

Einen Tag darauf erklärte der Hauptabteilungsleiter im ungarischen Außenministerium, Márton Klein, ohne Rumänien ausdrücklich zu erwähnen, daß der richtige Umgang mit den Nationalitäten einen unverzichtbaren Faktor der demokratischen Innenpolitik eines jeden Landes bilde. Ungarn verurteile den Nationalismus, nationale Ressentiments und jedwede Form der gewaltsamen Assimilation, den Minderheiten gegenüber könne die Mehrheitsnation gar nicht entgegenkommend genug sein: „Gleiche, ja in gewisser Beziehung müssen wir ihnen mehr Rechte einräumen, damit jene Nachteile ausgeglichen werden, die aus der Minderheitenlage resultieren. [. . .] Die Sorge für die Voraussetzungen, die zur Durchsetzung der kulturellen Rechte der Nationalitäten nötig sind, gehört in erster Linie zur Verantwortung jener Staaten, auf deren Territorium die Nationalitäten leben." (Budapester Rundschau, 25. 11. 1985)

Aller Wahrscheinlichkeit nach haben diese ungarisch-rumänischen Zwistigkeiten am letzten Tag des Forums dazu geführt, daß sich der Delegierte Rumäniens weigerte, einer

aus drei Sätzen bestehenden Schlußerklärung zuzustimmen, die von ungarischer Seite nach den gescheiterten Verhandlungen um ein Schlußdokument eingebracht wurde, um wenigstens gemeinsam festzustellen, daß in Budapest eine KSZE-Konferenz stattgefunden hat und dabei eine große Anzahl von Vorschlägen, die das internationale Kulturleben betreffen, gemacht worden sind. Östliche, westliche und neutrale Vertreter, die der ungarischen Regierung diese Anerkennung nicht versagen wollten, bemühten sich vergeblich, den rumänischen Vertreter umzustimmen.

Der offene Konflikt zwischen zwei Mitgliedsländern eines Militärbündnisses machte für viele Beobachter deutlich, daß es neben der Spaltung Europas in zwei antagonistische politische Lager Tendenzen gibt, die quer dazu verlaufen - zentrifugale, aber auch solche, die auf eine Verständigung vor allem zwischen den kleineren Staaten hindeuten, unabhängig von deren Bündniszugehörigkeit. Der sogenannte inoffizielle Osten, der von manchem schon als viertes politisches Lager apostrophiert wurde, zeigte sich besonders interessiert an einer solchen Annäherung. Die österreichische Schriftstellerin Barbara Frischmuth, die als Übersetzerin ungarischer Literatur selber etwas zur Verständigung zwischen zwei kleinen Nationen mit unterschiedlichen politischen Verhältnissen beigetragen hat, hatte vielleicht dieses Phänomen im KSZE-Prozeß im Auge, als sie den kleinen Ländern bescheinigte, in Budapest am sachlichsten und am besten reagiert zu haben: weil sie wissen, so die Autorin, „wovon sie reden, was es für Probleme gibt, was sie gerne besser hätten".